

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Herausgeber: Dr. K. K. K.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Postgebühren monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespreise mit 25 Pct. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskongressen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 302.

Dresden, Montag den 31. Dezember 1917.

28. Jahrg.

1918.

Beim Eintritt in das neue Jahr 1918 richtet sich der Blick nochmals zurück auf die schwere Zeit, die wir durchschritten haben. Fast 3 1/2 Jahre schwingt der Weltkrieg die blutigen Weichen. Wer hätte zuvor jemals gewöhnt, daß so ungeheures Schicksal über unser Volk und über die Menschheit verhängt werden könnte. Wer wollte sich vermaßen, in der menschlichen Sprache Worte zu finden, um all die Leiden und Noth, all die Opfer und Verwüstungen zu schildern, die die irrenden Völker sich selbst bereitet haben.

Die deutsche Sozialdemokratie darf getrost von sich sagen, daß sie ihr Bestes daran gesetzt hat, um das eigene Volk und andere Völker zur Besinnung zu rufen und das Ende des grausamen Ringens herbeizuführen. Und wiederholt schien ein Hoffnungsschimmer aufzuleuchten. Doch immer wieder kam die bittere Enttäuschung, und das schwach aufstimmende Licht des Friedens ging stets wieder in Nacht und Grauen verloren. Jetzt endlich haben sich am östlichen Horizont so bedeutende Wahrzeichen gezeigt, daß wir mit neuem starken Friedensglauben den Beginn des Jahres 1918 begrüßen dürfen.

Mit ehernen Tritten ist das Jahr 1917 über die Länder geschritten, gewaltige Weltereignisse haben sich abgespielt. Durch alle Pein und Trauer des Krieges wurde die große Lathode zur nun unumstößlichen Gewißheit, daß das deutsche Volk imstande ist, den Kampf um sein Dasein in der Welt, den Kampf gegen eine in aller Weltgeschichte unerhörte Uebermacht von Gegnern erfolgreich zu beendigen.

Unausstößbar lebt in unseren Erinnerungen die riesengroße Gefahr, mit der der russische Zarismus, willenslose Menschenmassen linder Zahl entseßend, uns und die gesamte Kultur Europas bedrohte. Auch vor Jahresfrist noch, trotz schwerer Niederlagen, stand der Zarismus bedrohlich an den östlichen Grenzen. Noch im Januar 1917 konnte Nikolaus Romanow mit dem Präsidenten der französischen Republik jenen Geheimvertrag schließen, der die Postrennung nicht nur nach Schicksal, sondern der ganzen linken Uferseite des Rheins von Deutschland festsetzte und andererseits die alten Eroberungsziele des Zarismus erneuerte. Der Zarismus ist zusammengebrochen und mit ihm die vassallistische Eroberungspolitik, die auf Konstantinopel und die Beherrschung des Balkans ebenso wie auf die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns abzielte. Einig demütig wird es bleiben, wie das deutsche Volk den russisch-asiatischen Ansturm zurückschlug und Europa vor dem Kollaps rettete.

Nicht minder demütig und von weltgeschichtlicher Tragweite sondergleichen ist es, daß das deutsche Volk, indem es den Zarismus in Trümmer schlug, zugleich die Bahn frei machte für die Freiheit des geknechteten russischen Volkes. In Russland sichtbar als an irgend einem anderen Staate hat der Weltkrieg erwiesen, daß er nicht nur brutaler Zerstörer

ist, sondern zugleich Weltrevolutionär von grandiosen Mäßen. Schwere Revolutionen erschütterten den riesigen Rußlands, unter furchtbaren Wehen ist ein neues freies Rußland im Werden.

Mit atemloser Spannung harret unser Volk auf den Fortgang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Ungeheuer verantwortlich und entscheidungsschwer ist die Aufgabe, die den Friedensunterhändlern in Brest-Litowsk gestellt ist. Es geht um das Zustandekommen des Friedens mit dem Osten und darüber hinaus um die ganze Zukunft Deutschlands bis in ferne Zeiten hinaus. Nur der vom deutschen Reichstag geforderte Verständigungsfriede, der die staatlichen Nationen über ihr staatliches Leben frei bestimmen läßt und ihre wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten achtet, wird uns für weite Zukunft friedliche Nachbarn schaffen. Wenn Deutschland mit einem demokratischen Rußland zu einem beide befruchtenden Frieden gelangt, dann sind ebenso wirtschaftlich günstige Aussichten gegeben wie die politische Sicherung gegen Gefahren, die je wieder von Westen her drohen könnten.

Wenn wir an der Schwelle des neuen Jahres auf das Zustandekommen des Friedens starke Hoffnungen setzen, so können wir noch nicht mit großer Zuversicht erwarten, daß an den Friedensschluß im Osten alsbald auch der allgemeine Frieden sich anschließen wird. Wir können gewiß damit rechnen, daß die Beendigung des Mutterkrieges durch den russischen Frieden den tiefsten Eindruck auf die Völker in Frankreich, Italien und auch in England hervorgerufen wird. Bisher jedoch vermögen sich in diesen Ländern noch immer die kriegswütigen Regierungen in der Nacht zu erhalten, die von der weiteren Verlängerung des Krieges und durch die Hilfe Amerikas ihren Völkern die schließlich doch zu erringende Niederlage Deutschlands vorzutauschen versuchen. Tiefe Trauer erfüllt den Menschenfreund angesichts der trohigen Ablehnung des Friedensgedankens durch die Staatsmänner des Westens, angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß dort noch immer weitere Menschenleben aufgeopfert werden sollen. Vielleicht — so geht unser heißestes Wünschen zum beginnenden neuen Jahre — gewinnt schon zuvor aus den Volksmassen heraus der Wille zum Verhandeln und Verständigen die Oberhand über Hatz und Wahn.

Je mehr aber jetzt die Friedenshoffnungen erstarben, um so dringlicher wird es, für die Zeiten zu sorgen, die dem Friedensschluß folgen werden. Wenn uns das Jahr 1918 bald den Frieden bringt, so gibt es unendlich viel, und doch gibt es wiederum sehr wenig, wenn es nicht auch die Grundlagen für eine neue Politik unter den Völkern herbeiführt.

In früherer Zeit galt als die herrschende Lehre: Willst du Frieden, so rüste zum Krieg. Man nahm an, daß nur

durch große militärische Rüstungen, die den anderen Völkern Schrecken erregen, der Friede erhalten werden kann. Der Sozialismus bekämpfte diese Lehre, legte ihren Mißerfolg voraus und brachte andere Methoden der Friedenssicherung in Vorkurs. Die sozialistischen Vorschläge wurden bald als unrationel, bald als utopisch bekämpft und verhöhnt. Die Folge war, daß Mißtrauen und Feindschaft aller gegen alle immer bedrohlicher wuchsen und gerade das Unheil herbeigeführt wurde, was vermieden werden sollte. Nach dem Frieden, der den jetzigen Weltkrieg beschließen wird, werden die Völker von neuem vor die Schicksalsfrage gestellt sein, wie sie ihre Beziehungen untereinander regeln sollen. Ginge es nach der Meinung der Macht- und Eroberungspolitik, so wäre dieser Weltkrieg nur das Vorbild zu weiteren Völkerkriegen, zu eifrigen Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, zu neuen, noch viel ungeheuerlicheren Kriegen. So wäre trostloser noch als der jetzige Weltkrieg selbst, wenn die Völker nach den blutigen Erfahrungen und Leiden, die sie erduldet, sich nicht zu neuen Lehren und neuem Handeln erheben würden. Der Sozialismus hat mitten in Kriegsbegehrlichkeit für den Frieden gekämpft, und ihm wird es zu danken sein, wenn schließlich die Völker nicht völlig in Erschöpfung und Verarmung zugrunde gehen. So wird der Sozialismus auch beim Friedensschluß und in der folgenden Zeit seine ganze Kraft entfalten müssen, um die Beziehungen der Völker neu zu begründen. Bei uns wie bei den anderen Völkern muß ein ganzes umfassendes System völkerrechtlicher und demokratischer Maßnahmen angebahnt werden, die insgesamt von dem Grundgedanken beherrscht werden: Wenn du den Frieden willst, so rüste den Frieden, beseitige vornehmend die Ursachen des Völkerverhaßes und des Krieges!

Nicht minder wird der Sozialismus im inneren Leben unseres Volkes sich vor die größten Aufgaben gestellt haben. Es gilt, die zahlreichen Wunden, die der Krieg geschlagen, zu heilen, den Übergang in die neuen Verhältnisse zu finden und die Neuordnung in Volkswirtschaft und Politik durchzuführen. Durch das Aufgebot aller Volkskräfte konnte das Deutsche Reich aus der Katastrophe des Weltkrieges gerettet werden. Nur die Befreiung aller Volksteile von politischer und sozialer Bedrückung wird den Aufbau einer neuen besseren Zeit ermöglichen. Die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, Bildungsmöglichkeiten für jedermann und freie Wahl für jeden Tüchtigen auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Arbeitsgebieten — das sind die großen Ziele, zu denen das Jahr 1918 die Wege bereiten soll.

Gelächelt durch die harten Prüfungen unglücklicher Kriegesjahre, erfüllt vom heiligen Willen zu neuer schöpferischer Tat, begrüßen wir das neue Jahr 1918. Möge es ein gutes Jahr der Erfüllung werden, das Jahr des Friedens und des Aufstieges der Völker zur Freiheit!

Der schwierige Punkt.

Nach einer Meldung aus München wird der Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten von Danzl am 2. Januar in Berlin zusammentreten. Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk werden nach dem Bericht des Staatssekretärs von Rühlmann Gegenstand der Beratungen bilden.

Der Dauschaltauschuss des Reichstags ist bisher nicht, wie in voriger Woche vermutet wurde, hinausgeschoben worden. Er wird am Donnerstag zur Beratung über die Friedensverhandlungen mit Rußland zusammentreten.

Die Bedenken, die wir am Sonnabend zur Frage der besetzten Gebiete ausgesprochen haben, werden ähnlich auch vom Vorwärts geteilt, der u. a. folgendes ausführt:

„Wir erwarten, daß sich die Vertreter der Mittelmächte bei näherem Nachdenken davon überzeugen werden, daß von dem Vorliegen wirklicher Volksentschlüsse in Polen, Rußland, Litauen und Teilen von Estland und Livland ernstlich nicht gesprochen werden kann. Die eigentliche Entscheidung würde daher doch erst bei dem allgemeinen Volksvotum fallen, das die Vertreter der Mittelmächte in Aussicht gestellt haben. Daß dieses Volksvotum ein richtiges Bild von den Wünschen der Bevölkerung ergibt, liegt im Interesse aller Beteiligten. Auf dieses Volksvotum und seine Sicherung gegenüber allen gewalttätigen Beeinflussungen wird daher das Hauptgewicht zu legen sein.“

Die Schwierigkeit der Lage, in der sich die Mittelmächte befinden, ist nicht zu verkennen. Als Okkupationsmächte haben

sie sich naturgemäß in den besetzten Ländern auf diejenigen Bevölkerungsströme gestützt, die dem Gedanken einer Aneignung nach dem Westen freundlich gegenüberstehen. Die Mittelmächte haben in den besetzten Gebieten Behörden gebildet, die sie selbst als Vertreter einer werdenden Staatsautorität betrachten. Es ist begreiflich, daß sie diese Behörden nicht ohne weiteres ausschalten lassen wollen.

Auf der anderen Seite aber steht die Gefahr, daß in den besetzten Gebieten Scheinentschlüsse zustande kommen, die dem wirklichen Willen der Bevölkerung nicht entsprechen, dennoch aber über ihr Schicksal und über das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland für alle Zeit entscheiden. Wie aber dann, wenn das Volksvotum nicht den Wünschen der von den Mittelmächten eingelegten Behörden entspricht, oder — noch schlimmer — wenn ein angebliches Volksvotum zustande kommt, gegen das dann die wirkliche Volksmehrheit eintritt, läuft.

Wir wüßten eine Einigung mit Rußland in dem Sinne, daß von beiden Seiten übereinstimmend das Schicksal der Bevölkerung der besetzten Gebiete in deren eigene Hand gelegt wird und daß dies in Formen geschieht, die an der Aufrichtigkeit der Mittelmächte keinen Zweifel gestatten. Wenn Rußland jenen Völkern jede Freiheit gewährt, selbst die, sich von Rußland abzuwenden, so müssen auch die Mittelmächte ihnen in gleicher Weise jede Freiheit gewähren, auch die, sich an Rußland wieder anzuschließen oder nach beiden Seiten hin ihre vollständige Unabhängigkeit zu begründen. Dann, aber auch nur dann wird das Vorbild des russischen Friedens auf alle Völker eine unabweisliche Kraft ausüben. Andernfalls könnten wir am Tage nach dem Abschluß des Sonderfriedens Völkern gegenüberstehen, die nur noch von dem einen Gedanken erfüllt sind,

keinen Frieden wie Rußland schließen zu müssen. Der allgemeine Friede könnte dadurch weiter hinausgerückt werden, als die Möglichkeiten der absoluten Kriegesmechanik heute wahr haben wollen.“

Das Berliner Tageblatt macht folgende Ausführungen:

„Es ist anzunehmen, daß im weiteren Verlaufe der Verhandlungen auch noch die eine oder andere Schwierigkeit auftauchen wird. In einer früheren Auffassung ihrer Bedingungen hat die Bolschewiki-Regierung betont, daß auch diejenigen Einwohner der besetzten Gebiete an dem Volksvotum teilnehmen müßten, die gegenwärtig nicht dort leben, sondern vor dem Anmarsch der fremden Armeen weiter nach Rußland hinein geflohen sind. Diese Frage ist in den jetzt veröffentlichten Vorschlägen einstweilen nicht berührt. Wir glauben, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn, wie man auch ihre politischen Ansichten sonst beurteilen mag, selbst ein gewaltiges Interesse daran haben, jeden Anzeichen von Zwang, Willkür und unzulässiger Beeinflussung zu vermeiden und das Ergebnis der Abstimmungen im Voraus gegen jede Verdrängung sicher zu stellen. Ein Resultat, das hinterher als erzwungen oder als nicht dem „Volkswillen“ entsprechend dargestellt werden könnte, würde lange Wirren zur Folge haben, unsere ganze politische Zukunft für viele Generationen belasten und sehr unheilvoller sein, als die Eroberung durch Gewalt. Im übrigen ist die Frage der russischen Gebiete zweifellos eine Angelegenheit, die zunächst Rußland, oder die Bolschewiki-Regierung betrifft. Was aus diesem Gebiete werden soll, ist aber eine Frage, über die der deutsche Reichstag mitzureden hat.“

Neber die Stimmung in parlamentarischen Kreisen gibt eine Information der Telegraphen-Union folgende Mitteilungen:

In parlamentarischen Kreisen, selbst in denen, die der Regierungspolitik rückhaltlos zustimmen, ist man mehr und mehr be-